

6. Parteien und aufgegriffene Forderungen

LDPR: Keine Lügen, keine Furcht
WAHLKAMPFSLOGAN, 2007

Ziel dieses dritten Teils der Arbeit ist eine Rekonstruktion der zentralen im politischen Diskurs artikulierten Forderungen. Dazu sollen Parteien, zentrale Reden des Präsidenten sowie Schlüsseltexte zur souveränen Demokratie untersucht werden. Als Ergebnis wird sich ein Satz Forderungen ergeben, der die Lektüre und Analyse des (weiteren) hegemonialen Diskurses im vierten Teil ermöglichen wird.

Das russische Parteiensystem hat sich in den Jahren nach der Amtsübernahme Putins sichtlich stabilisiert: Die Fluktuation von Parteien und Parteiblöcken, deren Entstehen und Verschwinden ist – gerade in seiner zweiten Amtsperiode – zum Stillstand gekommen. Mit *Edinaja Rossija* (*Einiges Russland*, ER) ist eine „Partei der Macht“ entstanden, die der Administration solide Mehrheiten im Parlament verschafft und die von regionalen und föderalen politischen Eliten sowie selbst in der Bevölkerung unterstützt wird. Lavery (2008) bezeichnet ER als eine hybride Partei, mit Zügen einer Volks- und einer Kartellpartei. In Anlehnung an Jean Blondel spricht er vom russischen Parteiensystem als *Partitokratie*, in dem der Staat sich der Parteien bemächtigt hat (Lavery 2008: 365):

„Individuals receive places in the party of power [...] based on a prior position in the state and the active cooperation of higher ranked officials [...]. Additionally, [...] [*Edinaja Rossija*’s] strategic decision making tends to be done by [...] officials in the presidential administration.“ (Ibid. 366)¹

1 Eigentlich ist der Begriff auf das italienische Parteiensystem gemünzt, in dem sich aber die Parteien des Staates bemächtigen und nicht umgekehrt, wie in Russland.

Entscheidend für solche Parteien sei die Beziehung zum Staat und weniger zum Elektorat. Damit wird die Programmatik weniger wichtig – auch für alle anderen Parteien im System. Diese Form der Stabilisierung des Parteiensystems ist sicherlich ein tragendes Element der Regimekonsolidierung und zugleich mitverantwortlich für demokratische Schwächen (da die Repräsentationsfunktion von Parteien verloren gegangen ist).

Neben ER existieren „Satelliten-Parteien“ (wie *Rodina* beziehungsweise später Gerechtes Russland) und „privilegierte Oppositionsparteien“ (insbesondere die LDPR) sowie Oppositionsparteien im engeren Sinne, deren Fundament weniger die Beziehung zum Staat ist, als vielmehr ihre Programmatik: Dazu zählen die demokratischen Parteien *Jabloko* und *SPS* sowie – nicht ganz frei von Ambivalenzen – auch die Kommunistische Partei (KPRF).

Lavertys Analyse ist zunächst erhellend, doch das gezeichnete Bild vereinfacht den Sachverhalt und droht zurückzufallen in ein monotones Lamento über den allmächtigen autoritären Präsidenten und seinen administrativen Apparat. Im Gegensatz zu diesem Argument, wonach alles was zählt die Beziehung zum Staat ist, während die Programme der Parteien nichts oder wenig bedeuten, sollen genau diese eingehender betrachtet werden. Aus der Perspektive der vorliegenden Analyse ist es kein zu unterschätzendes Detail, dass sich die Parteien in ihrer Programmatik eben doch unterscheiden. Es ist bedeutsam, dass sich die „Partei der Macht“ kein rein „kommunistisches“ oder ein rein „demokratisches“ Programm gegeben hat, sondern eines, das durchaus beides sein könnte. In der Opposition dagegen befinden sich nicht einfach nur „staatsferne“ oder „präsidienferne“ Parteien, sondern solche, die ihrerseits ein ganz bestimmtes Programm haben. Wichtig erscheint in dem vorliegenden Zusammenhang, dass Parteiprogramme gute Hinweise darauf liefern, welche Forderungen im politischen Diskurs artikuliert werden. Dabei sind die Forderungen im offiziellen Diskurs genauso interessant wie jene im gegen-hegemonialen, nicht notwendigerweise nur in ihrer Gegensätzlichkeit, sondern gerade in ihrer Übereinstimmung. In diesem Kapitel soll also mit Hilfe der Parteiprogramme ein erster Versuch unternommen werden, die im hegemonialen Diskurs artikulierten Forderungen zu isolieren.

6.1 PHÄNOMEN EDINAJA ROSSIJA

Edinaja Rossija kann als eine Institutionalisierung des hegemonialen Diskurses angesehen werden. Ihre Entwicklung zeigt auf, dass die Herausbildung eines politischen Konsenses in Russland seine Wurzeln bereits in der Zeit vor Putin hat und zugleich eng mit dessen Aufstieg verbunden ist.

Einiges Russland ging aus dem Zusammenschluss der Fraktionen „Vaterland – ganz Russland“ (*Otečestvo – vsja Rossija*) und „Einheit“ (*Edinstvo*) 2001 hervor. Die Partei *Einheit* wurde erst im September 1999 gegründet und im Oktober, rechtzeitig zu den Dumawahlen im Dezember, registriert. Sie wurde angeführt von Sergej Šojgu, Aleksandr Karelin und Aleksandr Gurov und konnte auf die Unterstützung sowohl von Präsident El'cin als auch des damaligen Premiers Vladimir Putin zählen. Überhaupt waren in ihren Reihen viele Minister und Gouverneure. Außer einer Befürwortung des zweiten Tschetschenien-Krieges schien sie kein klares Programm zu haben, schaffte es aber aus dem Stand mit gut 23 Prozent der Stimmen, zweitstärkste Fraktion zu werden. Sie verfolgte dann eine deutlich regierungsfreundliche Position. Hale (2004) charakterisiert Einheit als reine Wahltaktik des Präsidenten, um *Vaterland – ganz Russland* zu schlagen oder zu schwächen und nicht, um im Stil einer Partei der Macht dem Präsidenten eine Parlamentsmehrheit zu verschaffen.

Schärfste Konkurrenz von *Edinstvo* war der Wahlblock *Vaterland – ganz Russland*. Er wurde 1999 von mehreren politischen Parteien und Bewegungen ins Leben gerufen und von Evgenij Primakov, Jurij Lužkov und Vladimir Jakovlev angeführt. Eine zentrale Rolle spielte Lužkov, der geschickt seine administrativen Ressourcen als Bürgermeister Moskaus nutzte, um die Bildung der Partei voranzutreiben; doch erst mit Primakov an Bord konnte das konservative Anti-Kreml-Projekt Gestalt annehmen: Denn wichtigstes Ziel des Blocks war es, El'cins Kräfte bei den Dumawahlen zu schwächen (ibid. 170ff.). Indem er den Wahlblock anführte, versuchte Primakov auch seine Chancen als möglicher Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2000 zu wahren. Bei den Dumawahlen 1999 kam der Block dann auf rund 13 Prozent der Stimmen, rund zehn Prozent weniger als der direkte Rivale *Einheit*.

Erst nach dem überraschenden Erfolg von *Einheit* gegen die Konkurrenz von *Vaterland – ganz Russland*, besonders auch bei den Präsidentenwahlen, sei beschlossen worden, aus der Partei ein dauerhaftes, gemeinsames Projekt zu machen. Schließlich gab es (ideologisch) mehr Verbindendes als Trennendes, was die Vereinigung – sprich die Absorption von *Vaterland – ganz Russland* durch *Edinstvo* – beider Parteien erleichterte. (Hale 2004: 189)

Schon im April 2001 hielten die Parteiführer Šojgu und Lužkov in einem gemeinsamen Statement diese Gemeinsamkeiten fest. Die gemeinsamen Elemente seien unter anderem „Patriotismus, Freiheit, Gerechtigkeit“ sowie das Bestreben, die Rolle des Staates bei der Reform der Wirtschaft und der Überwindung der sozio-ökonomischen Krise zu stärken; beide Seiten lehnen jeden Radikalismus und jede ideologische Doktrin ab, befürworten aber einen starken

demokratischen Staat, ohne den ein Vorankommen unmöglich sei (Edinaja Rossija 2001).

Im Juli 2001 wurde ein Gründungskongress abgehalten, auf dem Šojgu und Lužkov als Vorsitzende bestimmt wurden. Im Oktober des gleichen Jahres wurde die Gründung der Union *Einheit und Vaterland – Einiges Russland* sowie die Ausarbeitung eines Programms und die Gründung regionaler Strukturen beschlossen. Am 1. Dezember 2001 kam es dann zur Umwandlung der Union in eine Partei und zur formellen Parteigründung.

6.1.1 Der Pfad zum nationalen Erfolg – Edinaja Rossija und die Parlamentswahlen 2003

„Der Pfad zum nationalen Erfolg“ (Edinaja Rossija 2003) war das erste ausgearbeitete Manifest der Partei, das im April 2003 herausgegeben wurde, also ein halbes Jahr vor den Duma-Wahlen.

In dem Papier wird der Zusammenbruch der Sowjetunion als eine jeden einzelnen betreffende, „persönliche“ Tragödie bezeichnet, die eine Stimmung der Unsicherheit und Zukunftsangst ausgelöst habe. Dementsprechend werde die Partei von all jenen Bürgern Russlands (*rossijane*) unterstützt, die den Zerfall des Landes als nationale Katastrophe empfunden und sich mit den „Ruinen des tausendjährigen Russlands“ identifiziert haben. Daraus erwächst die Forderung, dass Russland wieder einen „würdigen Platz“ in der Welt einnehmen müsse (ibid. 1). In einer späteren Passage (ibid. 6) wird unterstrichen, dass die Einheit Russlands zugleich die organische Einheit seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist. Die Vergangenheit wird als Quell für die Zukunft gesehen. Es ist nicht zuletzt die Vergangenheit, die in einer engen Verbindung steht zur Einzigartigkeit Russland. ER stellt sich als Partei der Wiederbelebung der Geschichte dar, als Partei, die den Spagat zwischen Transformation und Kontinuität schafft und damit den durch den Systemwechsel entstandenen Riss zwischen Vergangenheit und Gegenwart kittet. Dieses Element des zu schließenden Bruches ist ein immer wiederkehrendes Motiv.

Um das Ziel eines würdigen Platzes in der Welt zu erreichen, beschwört das Manifest die Einheit des Landes, das Russland vieler Völker aber eines Schicksals, wie in zwei großen Kriegen bewiesen worden sei. Nur eine „mächtige und verantwortungsbewusste Massenpartei“ (ibid. 2) könne mit einer Ideologie des Erfolges und im Dialog mit dem Volk das Schicksal des Landes verwirklichen und die Initiative und Energie der Bürger mit der historischen Notwendigkeit einer Ideologie des gesamtationalen (*obščėnacional'nyj*) Erfolges verbinden. Dazu vereine die Partei alle „verantwortungsbewussten Kräfte“ des Landes,

sodass sie nicht nur die parlamentarische, sondern auch die gesamtstaatliche Mehrheit vertritt. Als wichtigste Aufgabe der Partei, insbesondere im Hinblick auf den internationalen Erfolg des Landes, wird das Erreichen einer neuen Qualität der inneren *Einheit* Russlands angesehen – einschließlich einer Kooperation zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Geschäftswelt sowie Solidarität zwischen den Generationen. Die zuvor postulierte Einheit der Geschichte mündet hier in eine Einheit der Nation als Schicksalsgemeinschaft, als deren Repräsentantin sich ER positioniert. Zum Bild der Schicksalsgemeinschaft gesellen sich pragmatisch wirkende Werte wie „Verantwortungsbewusstsein“ und „Erfolg“, mit stark technokratischen und wirtschaftsliberalen Untertönen.

Ein ganzer Abschnitt ist der „Welt, in der wir leben“ gewidmet. Hier wird von vornherein klar gestellt, dass Russland entweder ein wichtiger und führender Teil der modernen Welt wird, oder aber riskiert, von äußeren Kräften in einer Art und Weise einverleibt zu werden, die den eigenen Wünschen und Zielen widerspreche (ibid. 3).

Ebenfalls in einem pragmatischen, rationalen und staatstragenden Duktus vorgetragen, ist ein weiteres wichtiges Ziel die „Überwindung ideologischer Mythen“ (ibid. 4ff.). Explizit heißt es zur Ideologie der Partei, dass sie sich an den realen Bedürfnissen des Landes und der Bevölkerung orientiere, an der praktischen Erfahrung, am gesunden Menschenverstand und der wissenschaftlichen Voraussicht. Andererseits sieht sie sich aber auch als eine Reformpartei (ibid. 5). So verbindet ER Forderungen nach Reform und Forderungen nach Bewahrung. Im Mittelpunkt steht damit der depolisierende Gestus mit einem Appell an eine übergeordnete Rationalität.

Abgesehen von den Werten, denen sich viele moderne Parteien verschrieben hätten (genannt werden Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Patriotismus), beruft sich ER auf jene Werte, die „Russland und die Russen mehr als einmal in schwierigen und sogar tragischen Zeiten gerettet“ hätten: Opfer- und Hilfsbereitschaft, Mitgefühl und Duldsamkeit, gegenseitige Unterstützung und Solidarität, Aufrichtigkeit, Nächstenliebe und Empathie. Angestrebt werde eine Ideologie der „Konsolidierung und Solidarität“ (ibid. 5), welche die Gesellschaft eint; eine Ideologie, die zementiert ist durch grundlegende Werte wie Glaube, Moral, Familie, Staat und Ordnung. Damit zeigt sich Einiges Russland nochmals ganz von seiner konservativen Seite mit einer ganz besonderen Betonung auf nationale Einheit und mit Bezügen zur Religion (und hier ist offensichtlich besonders die Orthodoxe Kirche gemeint).

Dazu passend grenzt man sich ab von der „linken Utopie“, die „Gleichheit“ nur in „Armut“ produziert habe, und von den Utopien der Wirtschaftsliberalen, die mit den Reformen der 1990er Jahre zerfallen sind. In einer Analogie zur

„Neuen Mitte“ oder zum „Dritten Weg“ prangert ER an, dass die dogmatische Konfrontation zwischen links und rechts die Gesellschaft spaltet – ER sei dagegen die Partei der Eintracht und nicht des Konflikts. Sie verschreibt sich einem politischen Zentrismus, der sich nicht an ideologischen Dogmen, sondern an den (vermeintlich objektiven, rationalen) „Interessen der Menschen“ orientiere.

ER stellt sich als Teil einer Mehrheit dar, die sich bereits auf der politischen Bühne befindet und „vernünftig, verantwortungsbewusst, arbeitsliebend, patriotisch und gesetzestreu“ ist. Sie vertraut dem politischen Kurs Putins und überbrückt soziale Grenzen.

Die Stärkung des Rechtsstaates, des demokratischen, föderativen, sozial verantwortlichen und starken Staates ist ein weiteres zentrales Anliegen von ER (ibid. 7). Hier zeigt sich, dass demokratische Forderungen nur im Zusammenhang mit anderen Attributen des Staates vorkommen: Russland als demokratischer Rechtsstaat, als demokratische Föderation (ibid. 7), als demokratisch-föderativer Staat (ibid. 7ff.). Darüber hinaus werden aber auch Forderungen nach einer Einheit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft artikuliert (ibid. 4), werden Bürger und Vereinigungen der Zivilgesellschaft als wichtige Ressource des nationalen Erfolges anerkannt (ibid. 8), wird dazu aufgerufen, eine Zivilgesellschaft zu formieren, die „als Garant für die freie Entfaltung des Menschen“ dient.

Freiheit figuriert schließlich insbesondere als „wirtschaftliche Freiheit“ (ibid. 6), „Freiheit des Marktes“ (ibid. 10, im Zusammenhang mit „Ordnung“ beziehungsweise mit einer „effektiven regulativen Rolle des Staates in der Wirtschaft“) und „unternehmerischer Freiheit“ (ibid. 10) oder aber als Qualität des Individuums: sein Schicksal zu bestimmen (ibid. 5), sich selbst zu verwirklichen (ibid. 6), ein „frei denkender Charakter“ zu sein (ibid.). Der Fokus scheint allerdings stark auf einer ökonomischen Freiheit zu liegen, die durch den Staat zwar gefördert aber gleichzeitig gezähmt ist.

Besonders ein Passus bringt das Manifest auf den Punkt, indem er die Bandbreite der Lager aufzählt, aus denen *Edinaja Rossija* ihr Gedankengut schöpft:

„Im aktivsten Teil der russländischen Gesellschaft widerspiegelt sich die Vielschichtigkeit ihrer Geisteshaltungen und Interessen; dazu gehören das liberale Pathos der Freiheit, der sozialistische Impuls zur Gerechtigkeit sowie patriarchalische Werte. All diese Ideen sind wertvoll, alle besitzen eine innere Wahrheit. Sie sind diejenigen Wurzeln, aus denen Russland gewachsen ist und an denen sich Russland seitdem hält. Jede dieser Wurzeln ist ehrenwert und würdig, jede bedarf des Schutzes und der Förderung. Daher sind heute all jene Kräfte natürliche Verbündete, die bereit sind, im Namen des russländischen Erfolges zu handeln, nach den Prinzipien einer sozialen, nationalen und professionellen Partner-

schaft, nach den Prinzipien der Solidarität zwischen Bürgern im Namen gemeinsamer Ziele.“ (Ibid. 9)

Diese „große Koalition“ sei nötig, um gemeinsam den inneren und äußeren Kräften zu begegnen, die Russland zurückhielten und es an den Rand der Geschichte führten. Der zitierte Passus zeigt überdeutlich, wie der von ER vertretene Diskurs versucht, Forderungen aus allen anderen wichtigen politischen Diskursen zu kooptieren, einzunehmen und zu artikulieren. Sowohl Wirtschaftsliberalismus als auch soziale Gerechtigkeit, sowohl Demokratie als auch sich in patriarchalischen Normen manifestierender Autoritarismus werden als „russisch“ identifiziert und daher akzeptiert. So kann unter dem Dach von Einiges Russland all das zusammen kommen, was auf den ersten Blick nicht zusammen gehört, können „Demokraten“, „Kommunisten“ und all diejenigen, die eine starke Führung fordern, ihren Platz finden.

6.1.2 „Der Plan Putins – eine würdige Zukunft für ein großes Land“: Edinaja Rossija und die Parlamentswahlen 2007

Im Gegensatz zum Manifest aus dem Jahre 2003 fallen zwei Hauptunterschiede auf: zum einen die viel stärkere Betonung des Großmachtstatus Russlands und zum anderen die wiederholten Verweise auf den „nationalen Leader“, Vladimir Putin. Hinweise auf die Einheit und Solidarität des Landes werden wesentlich knapper gehalten und weniger unterstrichen.

Der sogenannte Plan Putins umfasst zwei (von vier) Punkte(n), die in diesem Kontext besonders interessant erscheinen (Edinaja Rossija 2007: 1):

- Die weitere Entwicklung Russlands als „einzigartiger Zivilisation“, die Verteidigung des „gemeinsamen kulturellen Raumes“ und der „historischen Traditionen“; und
- die Stärkung der Souveränität Russlands, seiner Verteidigungsfähigkeit und die Garantie, ihm einen „würdigen Platz in einer multipolaren Welt“ zu geben.

Das strategische Ziel von ER sei, Russland als Großmacht auf der Grundlage der historischen Traditionen und eigenständiger kultureller Werte (*samobytnych kulturnych cennostej*):

„Das Russland, das wir wollen, ist ein starker demokratischer, sozial orientierter Staat; eine freie, gerechte und geistig fest zusammengefügte Gesellschaft, eine konkurrenzfähige, innovative Wirtschaft. [...] Durch die Realisierung der qualitativen Erneuerung des Landes

nach den Prinzipien der souveränen Demokratie stützen wir uns auf das grundsätzliche Recht des freien russischen Volkes, das eigene historische Schicksal zu bestimmen und über das nationale Eigentum im Interesse der Nation und jedes einzelnen Bürgers zu verfügen.“ (Ibid. 2)

In diesem Abschnitt werden eine Vielzahl von Elementen deutlich, die den von ER vertretenen Diskurs kennzeichnen: Freiheit und Gerechtigkeit, Einheit, Konkurrenzfähigkeit und Selbstbestimmtheit beziehungsweise Freiheit von ausländischen Einflüssen. Das Konzept der souveränen Demokratie greift genau diese Betonung der Unabhängigkeit auf und reinskribiert die Bedeutung von „Demokratie“ in die Perspektive der Unabhängigkeit. Damit wird auf ein ganz eigenes Konzept von „Demokratie“ abgezielt beziehungsweise die bestehende Regierungsform Russlands als „demokratisch“ legitimiert.

Einiges Russland sieht sich als Fortsetzer patriotischer Traditionen einer „tausendjährigen russländischen Staatlichkeit“. Zu den Prioritäten von ER gehören außerdem die Stärkung einer gesamt- oder allrussländischen staatsbürgerlichen Identität (*obščerossijskaja graždanskaja identičnostʹ*) sowie die Bildung eines gemeinsamen Systems geistig-moralischer Orientierungen unter Bewahrung der kulturellen Eigenheiten der Völker Russlands (ibid. 2). Damit wird die Herausforderung der postsowjetischen russischen nationalen Identität direkt angesprochen und versucht, sie mit einer „gesamtrussländischen“ Identität zu lösen: Dabei verweist das Adjektiv doppelt auf den staatsbürgerlichen Sinn der nationalen Identität: Die Identität soll nicht nur russländisch, sondern sogar gesamt- oder allrussländisch sein – in einer Analogie zum alten sowjetischen Adjektiv „allunions-“. Dazu passt auch die besondere Betonung von Staat und Staatlichkeit, als Fläche auf der sich diese Identität entfalten kann.

Edinaja Rossija propagiert einen Staat, der fähig ist, die eigene Souveränität zu verteidigen und die Rechte und Interessen seiner Bürger und der sogenannten Landsleute (*interesy svoich graždan i sootečestvennikov*) in der ganzen Welt zu schützen, also auch außerhalb der eigenen Grenzen – womit im Gegensatz zu oben eine Identität propagiert wird, die eben nicht (nur) staatsbürgerlich, an das Territorium Russlands gebunden ist, sondern offensichtlich kulturell ist, weil sie nicht an die Grenzen des russischen Staates gebunden ist. Allerdings – und dies ist vielleicht der besondere Kniff – sollen sich die Russen im Ausland auch auf den russländischen *Staat* zurück beziehen und nicht notwendigerweise auf eine gemeinsame Kultur (was natürlich das Problem des Irredentismus aufwirft).

Russland solle zwar internationalen Verpflichtungen nachkommen, gleiches gelte aber auch für seine Partner. Hier klingt ein Antagonismus an, der noch deutlicher wird, wenn ER betont, dass die Partei auch jene Gesetzesinitiativen

unterstützt hat, welche der ausländischen finanziellen Unterstützung des Extremismus ein Ende gesetzt haben (ibid. 2) – damit kann natürlich die Unterstützung terroristischer Organisationen gemeint sein, genauso aber auch (und das ist wahrscheinlicher) die Förderung von russischen NGO durch den Westen.

Es geht ER um mehr als nur um „Autorität in der Welt“ (ibid. 1): Das Land wolle nicht nur zuverlässig seine eigenen nationalen Interessen verteidigen, sondern auch Verantwortung übernehmen für die Garantie der globalen Stabilität (ibid. 6).

Geschickt werden national-konservative Forderungen mit liberal-demokratischen verbunden, wie etwa dann, wenn das „Überleben Russlands als Großmacht“ an die Etablierung einer Innovations-Ökonomie gebunden wird. Großmacht sein bedeutet demnach, Gerechtigkeit in internationalen Beziehungen sowie eine Teilhabe am weltweiten technologischen Fortschritt (ibid. 3).

Neben Rufen nach wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlicher Entwicklung werden demokratische Forderungen auch mit staatlicher Effizienz artikuliert: offene politische Informationsstrukturen (*informacionnaja otkrytost' vlasti*), Kontrolle der Bürger über die Bürokratie, unabhängige Gerichte und Organe, welche die Rechte und Freiheiten der Bürger schützen, werden als die wichtigsten Züge des russländischen Staates betrachtet.

Die Zivilgesellschaft findet im Programm ihren Platz als wichtiger Faktor in der demokratischen Entwicklung des Landes. Daneben fordert ER die Entstehung eines Mehrparteiensystems und die Herstellung der dazugehörigen organisatorischen und rechtlichen Bedingungen. Im selben Sinne ist die Forderung nach Stärkung der Gewerkschaften und nach Demokratie im Produktionsprozess zu verstehen.

Insgesamt zeigt sich damit, dass der durch ER repräsentierte Diskurs stark populistische und zugleich konservative Tendenzen aufweist: Er ist bestrebt, eine Vielzahl von Forderungen zu umfassen, und sie als originär „russisch“ zu porträtieren. Mit Appellen an diesen russischen Charakter des Programms, aber auch mit Verweisen auf eine übergeordnete Rationalität, die keine ideologischen Konflikte zulässt, trägt er aber auch stark depolitisierende Züge. Die beiden zentralen Knotenpunkte, die den Diskurs zusammenhalten, sind eine essentialistische, nationalistische *Russkost'* – alles, was als russisch markiert wird, kann in den Diskurs eingeschrieben werden – und Verweise auf ökonomische Rationalität. Insofern ließe sich der Diskurs auf die Formel „Depolitisierung nach innen – Repolitisierung nach außen“ bringen.

6.2 DIE ALTERNATIVEN: DER „DEMOKRATISCHE“ UND DER „PATRIOTISCHE“ DISKURS

Die nächste Frage aus diskurstheoretischer Perspektive ist jene nach konkurrierenden Forderungen. Naheliegend ist daher der Blick auf zwei weitere etablierte Parteien, die den demokratischen beziehungsweise den national-konservativen Diskurs repräsentieren: *Jabloko* und die Liberal-demokratische Partei (LDPR). Dabei sollen nicht nur die Unterschiede in den Inhalten beleuchtet werden, sondern auch die Gemeinsamkeiten.

6.2.1 Jabloko: der „demokratische“ Diskurs und seine parteipolitischen Repräsentanten

Jabloko trägt in sich das Erbe der demokratischen Bewegung, insbesondere in dessen sozial-liberaler und zunehmend sozial-demokratischer Ausrichtung. Vorgänger von *Jabloko* waren drei Parteien, die bereits Teil der Bewegung *Demokratisches Russland* waren: die Republikanische Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Christlich-Demokratische Partei. Um an den Wahlen 1993 teilzunehmen, schlossen sich die Parteien zum Javlinskij-Boldyrev-Lukin-Wahlblock zusammen. (White 2006: 47ff.) Daraus wurde im Januar 1995 formell eine Partei, deren Name ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der drei führenden Parteimitglieder ist.

Bereits damals befand sie sich in Konkurrenz mit der wirtschaftsliberalen Union rechter Kräfte (*SPS*) von Egor Gajdar. Versuche einer Vereinigung 2003 scheiterten an unüberbrückbaren Gegensätzen – nicht nur persönlicher Natur (zwischen Javlinskij und Gajdar, aber noch mehr zwischen Javlinskij und Čubajs). Obzwar beide Parteien als im russischen Sinne „rechts“, beziehungsweise im westlichen Sinn als „liberal-demokratisch“ gelten, behielten sie unterschiedliche Profile, die zurückgehen auf die bereits beschriebenen Ausformungen der demokratischen Bewegung in der späten UdSSR: Die *SPS* blieb eine in erster Linie wirtschaftsliberale Partei, eine Partei der Geschäftswelt (also mit Fokus auf „Demokratie als Wohlstand“ und „Freiheit als Wirtschaftsliberalismus“), *Jabloko* dagegen eine Partei mit sozialdemokratischem Profil und einer Wählerschaft, die sich vornehmlich aus Kreisen der liberalen Intelligenzija rekrutiert („Demokratie als soziale Gerechtigkeit“). Der Konflikt kulminierte 1999 in einer scharfen Auseinandersetzung um den Tschetschenien-Krieg: *Jabloko* kritisierte die Politik des Kremls und die Menschenrechtsverletzungen; die *SPS* dagegen gab sich „patriotisch“, unterstützte Präsident und Armee und warf *Jabloko* und besonders Javlinskij vor, Russland zu verraten. Letzterer reagierte mit dem Vor-

wurf, die *SPS* sei „bolschewistisch“, „totalitär“ und „pro-faschistisch“ (White 2006: 90f.) – Javlinskij bediente sich damit der wohl schwersten Geschütze, die man im demokratischen Lager auffahren konnte.

Erreichte *Jabloko* bei den Wahlen 1993 noch acht Prozent, so fiel der Stimmenanteil danach konstant von 6,89% (1995) auf 4,23% (2003); 2007 schrumpfte er auf 1,59% zusammen.² Analog dazu nahm auch der Anteil der Stimmen für *SPS* ab, von 8,52% (1999) auf 0,96% (2007). White erklärt den Rückgang des Stimmenanteils für die liberalen Parteien nicht dadurch, dass liberale Werte an Boden verloren hätten, sondern vielmehr dadurch, dass zumindest wirtschaftsliberale Forderungen erfolgreich durch das Regierungslager besetzt wurden: „It has been argued that, in terms of economics at least, Putin has [...] coopted the policies of the liberal parties.“ (White 2006: 95) Diese Kooptation umfasst ökonomische Forderungen, aber auch – wie auch weiter unten nochmals deutlicher werden wird – im engeren Sinne politische. Gerade weil die wirtschaftsliberalen Forderungen auch so gut von ER abgedeckt wurden, waren die Wahlergebnisse für die *SPS* noch etwas verheerender als für *Jabloko*. Diese Ergebnisse und die Nähe zu den Politiken des Kremls führten im Oktober 2008 dazu, dass die *SPS* folgerichtig sich selbst auflöste und mit anderen liberalen, aber Kreml-nahen Parteien ein Bündnis einging.

Viele der Forderungen, die *Edinaja Rossija* in ihren Wahlprogrammen artikuliert, finden sich zunehmend auch bei *Jabloko* wieder. Umgekehrt gilt, dass bei *Jabloko* auch hegemoniale Forderungen aufgenommen werden. Dies widerspiegelt den Pragmatismus der Partei und ihre Absicht – zumindest während der ersten Amtszeit Putins – als „konstruktive Opposition“ zu wirken (White 2006: 194ff.). Zugleich deutet dieser Umstand darauf hin, dass sich der politische Diskurs insgesamt stabilisiert hat.

Das demokratische Manifest – *Jabloko* und die Parlamentswahlen 2003

Jabloko trat 2003 mit einer konzilianteren Haltung gegenüber dem Präsidenten auf als in früheren Wahlkämpfen – und mit einem deutlich populistischen Programm.³ Doch zunächst präsentiert sich die Partei in ihrem Wahlmanifest klar demokratisch, sozialliberal und europäisch.

2 Alle Wahlergebnisse 2007 gemäß Daten der Zentralen Wahlkommission (CIKRF 2007).

3 „The Yabloko document is permeated by a surprising level of populism, stressing the need to move from ‚an oligarchical system to a welfare state for citizens‘, arguing that Russia’s economy had been seized by oligarchical groups whose interests were served

Das Programm bemühte sich sichtlich zu betonen, dass Freiheit und Gerechtigkeit zwei Werte sind, die Hand in Hand gehen: „Freiheit ist ein genauso absoluter Wert wie das menschliche Leben. [...] Man kann [aber] Freiheit in der Gesellschaft nicht sichern, wenn wir nicht auch Gerechtigkeit anstreben“ (Jabloko 2003: 1). Und an anderer Stelle heißt es noch expliziter:

„Das Recht auf Freiheit haben nicht nur die Reichen und Starken, sondern auch die Armen und Schwachen. Letztere müssen eine Chance haben, sie zu erreichen. Darin unterscheidet sich der moderne soziale Liberalismus von seiner radikalen Variante des 19. Jahrhunderts.“ (Jabloko 2003: 1)

Jabloko forderte gesellschaftliche Solidarität zwischen Starken und Schwachen ein und zielte damit wohl nicht nur darauf ab, sich vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts zu unterscheiden, sondern auch von den „demokratischen“ Reformen der 1990er Jahre.

Damit einher geht die Forderung nach einem „sozialen Markt“, der eine würdige Existenz und ökonomische Freiheit garantiere, bürokratische Barrieren beseitige und kleine und mittlere Unternehmen schütze, aber zugleich auch Armut bekämpft, Arbeitsplätze schafft und Wohlstand für alle Bürger Russlands ermöglicht. Wiederholt wird dabei auf ein „europäisches ökonomisches Modell“ Bezug genommen, auf einen Staat nach europäischem Muster und konkreter auf ein „System sozialer Unterstützung europäischen Typs“.

Dies steht im Einklang mit dem Postulat eines „europäischen Weges für Russland“, denn

„Russland ist kraft seines historischen Schicksals, seiner kulturellen Traditionen und seiner geografischen Lage ein europäisches Land. Seine Zukunft ist untrennbar mit Europa verbunden. Das Potenzial der russländischen Nation kann sich nur innerhalb der schöpferischen Grundwerte der europäischen Zivilisation entfalten.“ (Ibid.)

by the government. Poverty would be overcome by raising the minimum wage and increasing welfare payments. Local services would be improved without raising prices. And so it went on, with endless promises and no realistic attempt to explain how all this would be paid for.“ (Sakwa 2005: 375) Der Charakterisierung als „populistisch“ (nicht im Sinne von Laclau) kann nur teilweise zugestimmt werden: Wenn es „populistisch“ ist, einen gerechten Wohlstand, einen Wohlstand für alle, zu propagieren, dann muss der gesamte, „sozialdemokratische“ Charakter der Partei als populistisch kritisiert werden. „Populistisch“ ist aber der Versuch, auch Elemente des statistischen Diskurses aufzunehmen.

Und weiter:

„Der europäische Weg – das bedeutet die Steigerung des Wohlstandes der russischen Bürger, [Russlands] Annäherung an europäische Standards durch die Formierung eines sozial-ökonomischen, ökologischen und politischen Modells europäischen Typs, [...] die Integration mit der Europäischen Union [bedeutet] einen mächtigen Impuls [für Russland].“ (Ibid.)

Diese sehr klare Orientierung in Richtung Europa ist ein bezeichnendes Merkmal des *Jabloko*-Programms. Die Bezugnahme auf Europa soll auch den „neuen demokratischen Kurs“ und dessen Verwurzelung in einer „modernen sozial-liberalen Ideologie“ verdeutlichen und umschreiben sowie ihn abgrenzen von den „vulgären Ansätzen der Vergangenheit“ (auch hier die Anspielung auf die 1990er Jahre).

Dem entgegen stehe die „autoritäre Versuchung“ – diese sei dadurch gekommen, dass die politischen und ökonomischen Misserfolge der 1990er die demokratischen, liberalen und marktwirtschaftlichen Werte diskreditiert hätten. Doch diese Versuche, einen autoritären Staat aufzubauen, führten das Land nur in die bürokratische Stagnation und drohten, Russland in die dritte Welt abgleiten zu lassen.

Demokratie wird als Allheilmittel präsentiert: Demokratie verteidige die Menschenwürde, ermögliche die größtmögliche Freiheit zum Austausch von Ideen, erlaube die Entwicklung von Parteien und Zivilgesellschaft, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau sowie die Realisierung des Prinzips der Gewaltenteilung. Auch die Forderung nach einem Rechtsstaat nimmt einen prominenten Platz ein. Im gegenwärtigen Russland seien besonders die Gleichheit vor dem Gesetz, die Rede- und Pressefreiheit, das Recht auf Eigentum und die freie Wohnortwahl bedroht.

Die bereits angedeutete Abgrenzung von den Politiken der 1990er Jahre erfolgt noch einmal ganz explizit in einem Abschnitt über die „Ergebnisse der radikalen Reformen“, in denen eine Abkehr von den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit erkannt wird. Die Vorwürfe, die erhoben werden, stehen ganz im Einklang mit den allgemeinen Einschätzungen der 1990er Jahre, in denen der Staat seinen vorrangigen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei, die rechtlichen, sozialen und ökonomischen Institutionen zu schaffen, die einer *souveränen* Gesellschaft und einem freien Markt entsprechen.

Mit diesen Aussagen erfolgt auch eine erste Annäherung an den hegemonialen Diskurs. Diese wird besonders deutlich an der im *Jabloko*-Programm zum

Ausdruck gebrachten Selbstidentifikation mit einem „Patriotismus der Tat“. Wörtlich:

„Die Russländische Demokratische Partei ‚Jabloko‘ ist eine Partei der Etatisten. [...] Wir sind für einen starken Staat im Dienste der Bürger. Die Russländische Demokratische Partei ‚Jabloko‘ ist eine Partei der Patrioten. [...] Patriot sein bedeutet nicht, endlos den eigenen Patriotismus zu erklären, sondern zum Wohle des Landes und seiner Bürger zu arbeiten. Unsere Position ist ein Patriotismus der Tat und nicht ein Patriotismus der Worte.“ (Ibid.)

Hier zeigt man sich ausdrücklich bemüht, sich in den patriotischen Kanon zu integrieren. Ja, die typischen Vertreter des patriotischen Diskurses werden sogar als falsche Patrioten abqualifiziert, weil sie nur Patriotismus predigen aber nicht praktizieren würden. Die Argumentation nimmt allerdings die Form eines Trugschlusses an. Es soll scheinbar jeder Verdacht (oder jedes Vorurteil) zerstreut werden, die „Demokraten“ seien unpatriotisch oder gar dem Westen hörig.

Es kommt aber noch zu einer weiteren Einschränkung: Die nationalen Interessen Russlands hätten nichts Gemeinsames mit Supermacht-Mythen, womit auch bei *Jabloko* eine pragmatische Politik gefordert wird.

6.2.1 „Sieben Schritte zur Chancengleichheit“ – Jabloko und die Parlamentswahlen 2007

Das *Jabloko*-Programm 2007 reflektiert das Ende der Annäherung an das Regime, wie sie noch vier Jahre zuvor deutlich wurde. Diese Strategie hatte sich als genauso erfolglos erwiesen wie jene der klaren Opposition – und genau dazu schien *Jabloko* 2007 wieder zu tendieren.

Klar werden die „Nöte“ Russlands angeprangert. Vorneweg eine „autoritäre, klan-oligarchische, korrupte Macht, die sich nicht vor der Gesellschaft verantwortet, sondern ihre Herrschaft um jeden Preis verteidigt“. Es ist also nicht mehr wie 2003 von einer „autoritären Versuchung“ die Rede, sondern davon, dass die Führung des Landes in den letzten Jahren damit beschäftigt gewesen sei, aktiv einen bürokratischen Polizeistaat aufzubauen, künstliche „Taschenparteien“ zu gründen und Wahlen mit vorbestimmtem Ausgang durchzuführen. Es fehlten ein unabhängiges Parlament und unabhängige Gerichte. Im Fernsehen finde politische Zensur statt. Das Programm beklagt die enge Verbindung zwischen dem „monopolistischen“ Kapital und der Bürokratie, die Fusion von Business und Macht, deren Wurzeln Mitte der 1990er Jahre verortet werden. Wieder wird die Macht als (neo-)bolschewistisch bezeichnet, „insofern sie die Interessen der

herrschenden Nomenklatura bedient, ausschließlich zum Verderb der absoluten Mehrheit der Bürger“ (Jabloko 2007). Schon hier wird die klare Abgrenzung *Jablokos* vom herrschenden System deutlich. Deutlich wird ein populistischer Zug, der versucht, eine Mehrheit der Bürger der politischen Klasse gegenüberzustellen.

Angeprangert wird die verbreitete Rechtlosigkeit – auf politischer, ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene – sowie die Fortsetzung der „kriminellen Privatisierung“. Die Reformen der 1990er Jahre werden abermals als ineffektiv und ungerecht gebrandmarkt – sie seien ein Versuch gewesen, eine Demokratie zu errichten ohne die Mechanismen des Sozialstaats. Dieser Prozess würde heutzutage in seine zweite Etappe gehen, die Gewinner der ersten Etappe reicher machen und die Verlierer ärmer und rechtloser. Abermals wird die Gefahr beschrieben, Russland könne zu einem Dritt-Welt-Land werden, was wiederum seine Einheit bedrohe. Und dies scheint eine Hauptsorge zu sein, was erneut ein instrumentelles Verständnis von Demokratie durchschimmern lässt.

Ein moderner und *starker* russischer Staat, welcher dazu eine Alternative bilden könnte, sei erstens demokratisch, das heißt, er verfüge über „eine reale Gewaltenteilung, saubere Wahlen, unabhängige Gerichte und eine freie Presse“, und zweitens sei er sozial, das heißt, er biete gleiche Chancen für die Selbstverwirklichung des Individuums. Um einen solchen Staat zu errichten, müssen Wirtschaft und Politik getrennt werden. Zugleich sollen kleine und mittlere Unternehmen unterstützt sowie das Unternehmertum auf breiter Ebene gefördert werden (unter anderem durch darauf spezialisierte Schulen). Die *Wiederherstellung* einer realen Demokratie, wie *Jabloko* sie anstrebt, trage dazu bei, eine Zivilgesellschaft zu entwickeln, welche die Macht kontrollieren und dazu beitragen könne, die Gesellschaft insgesamt zu stabilisieren.

Wie das Programm von 2003, so ist auch jenes vier Jahre später durchdrungen von populistischen Forderungen: „Wohlstand für alle“ und sogar eine kompensatorische Steuer auf während der Privatisierungen erzielte Gewinne.

Völlig abwesend sind Verweise auf die im Programm von 2007 von ER angesprochenen Themen: Einheit, Patriotismus und Zusammenhalt spielen keinerlei Rolle. Im Gegensatz zu der Version von 2003 wurden allerdings auch die Idee eines europäischen Weges und Europa als Referenzpunkt vernachlässigt. Insgesamt rücken in dem Programm von 2007 „demokratische“ Forderungen und eine demokratische Kritik am *Status quo* besonders in den Vordergrund – so in der Einschätzung des bestehenden Regimes als „autoritäre, Klan-oligarchische, korrupte Macht“. Was ebenfalls bleibt, ist die Kritik an den Refor-

men der 1990er Jahre und soziale Forderungen,⁴ wie sie auch im national-konservativen Diskurs einen prominenten Platz einnehmen.

6.2.2 Der „national-konservative“ Diskurs und seine parteipolitischen Repräsentanten

Zwei etablierte Parteien sind besonders repräsentativ für den national-konservativen Diskurs: Während die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) restaurative Züge trägt, besonders soziale Forderungen erhebt und stark auf die Sowjetzeit rekurriert, deckt die Liberal-Demokratische Partei Russlands (LDPR) noch stärker das nationalistische Spektrum ab. Obwohl die KPRF die zweitwichtigste Partei Russlands bleibt, verlor sie in den Wahlen 2003 drastisch an Stimmen und sackte von 24 auf 13 Prozent ab. Auch 2007 kam die KPRF nicht über 12 Prozent hinaus. Allerdings ist sie die einzige Partei mit einer klaren Verankerung in den Regionen und auf lokaler Ebene. Die LDPR dagegen hat stabile Stimmanteile zwischen acht und zwölf Prozent. Für beide Parteien – wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise – ist charakteristisch, dass sie ihre Ursprünge bereits in der UdSSR haben: Während die KPRF Nachfolgerin der KPdSU ist, wurde die LDPR als Liberaldemokratische Partei der Sowjetunion (LPSU) gegründet. Obwohl KPRF und LDPR teils ähnliche Ansichten vertreten, beide formal in der Opposition sind, aber viele Initiativen der Präsidialadministration unterstützen, porträtieren sie sich als direkte Kontrahenten.

Der national-konservative Diskurs soll insbesondere an den Positionen der zuletzt genannten Partei ergründet werden, da diese insgesamt stärker akzentuierte Positionen vertritt; teils wird sie als Instrument des Regimes angesehen, um nationalistische Stimmen zu binden.

Die Geschichte der LDPR beginnt 1988, als Vladimir Žirinovskij erstmals bei der konstituierenden Sitzung der Demokratischen Union in Erscheinung tritt, einer ultraliberalen Partei der Dissidentin Valerija Novodvorskaja. Im Frühjahr 1989 ergreift er dann die Initiative zur Gründung der eigenen Partei, die im April 1991 offiziell als LDPSU registriert wird – so weit die offizielle Version der Parteigeschichte.⁵

4 Dazu zählen eine reale Trennung der Gewalten, eine Reform des Staatsapparates, eine Trennung von Wirtschaft und Politik, die Garantie der Arbeitsrechte, eine „Zügelung der Monopole“ – angefangen bei Gazprom –, Investitionen in Bildung, Umweltschutz und Medizin.

5 <http://www.russiaprofile.org/page.php?pageid=resources-political-majorparties-ldpr&print=yes> [01/03/2010].

Eine etwas andere Version erzählt Aleksandr Jakovlev: Er beschreibt, wie die LDPSU als Projekt der KPdSU-Führung und des KGB entstanden sei, um eine bestimmte Wählerschaft zu kontrollieren und zu lenken. Auch die Führung der Partei sei handverlesen gewesen. Dafür spricht unter anderem auch der Zugang, den die kleine Partei mit anfangs nur 13 Mitgliedern zu Propaganda-Ressourcen der KPdSU bekommen habe (Jakovlev 2003: 574f.). In den 1990er Jahren fiel die Partei vor allem durch das Verhalten und die Äußerungen Žirinovskijs auf, der zum *enfant terrible* der russischen Politik wurde; zugleich aber entwickelte er sich zu einer etablierten, anerkannten Figur in der russischen politischen Landschaft, aus der er seit nunmehr 20 Jahren nicht mehr wegzudenken ist.

„Eine demokratische und zentristische Partei“ – die LDPR und die Parlamentswahlen 2003

Zu den Duma-Wahlen 2003 trat die LDPR mit dem zwei Jahre zuvor auf dem 13. Kongress der LDPR verabschiedeten Programm an (LDPR 2001). Darin gerierte sich die LDPR als Quasi-Regierungspartei, indem sie herausstrich, wie viele von der Administration eingeleiteten Maßnahmen und Gesetze Unterstützung durch die LDPR-Abgeordneten bekommen haben oder gar auf ihre Initiativen zurückgehen.

Doch zunächst präsentierte sich die LDPR als die „Partei der wahren Patrioten Russlands“, deren „historische Aufgabe“ darin besteht, „das russische Volk, und mit ihm auch die anderen Völker Russlands vor Versklavung und dem Aussterben“ zu retten. Die Wendung „russisches Volk“ erscheint häufig in den hier verglichenen Parteiprogrammen: Generell wird der „ethnische“ Begriff „russisch“ (*russskij*) deutlich häufiger gebraucht als der staatsbürgerliche „russländisch“ (*rossijskij*). ER spricht dagegen konsequent vom „russländischen Volk“ (*rossijskij narod*).

Ein ganzer Abschnitt des Programms widmet sich der nationalen Sicherheit. Die LDPR teilt die Welt in mehrere Zivilisationen ein. Dabei strebe die westlich-christliche Zivilisation mit den USA als ihrer stärksten Macht nach einer führenden Position in der Welt. Besonders scharf sind die Töne gegenüber den Vereinigten Staaten, „die offen den Anspruch auf Weltherrschaft erklären und danach streben, ihren Willen der gesamten Menschheit zu diktieren“ (LDPR 2001). An anderer Stelle wird die „expansionistische Politik der USA und deren Streben, die ganze Welt zu beherrschen“ verurteilt. Die Vereinigten Staaten werden als die größte Bedrohung für Russland dargestellt, denn die USA und ihre Verbündeten bräuchten schlicht kein entwickeltes Russland mit einem hohen Lebensstandard. Im Gegenteil: Die USA sind an einer weiteren Schwächung Russ-

lands interessiert. Auf dieser *realistischen* Erkenntnis müsse die Ausgestaltung der Beziehungen zu den USA fußen.

Dementsprechend wird die Expansion der NATO als Bedrohung empfunden und die Besetzung des Balkans durch deren Truppen verurteilt. Daraus folgt dann auch die Forderung nach einem Wiedererstarken der Bande mit den ehemaligen Verbündeten: weltweit (besonders mit arabischen Staaten), in Osteuropa und nicht zuletzt mit anderen slawischen Nationen. Damit einher geht auch das Streben nach einer Reintegration der ehemaligen Unionsrepubliken.

Mit dieser internationalen Ausgangslage einher gehen auch Forderungen nach einer Stärkung des Militärs und des Sicherheitsapparates, einschließlich der „Gründung eines Staats-Sicherheits-Organs mit weitreichenden Vollmachten“, das aber nicht näher beschrieben wird. Generell, soll der Militärapparat gestärkt werden. „Die Verteidigung des Vaterlandes ist heilige Pflicht aller Bürger Russlands“. Das strategische Ziel bestehe darin, aus der „mächtigen geopolitischen Macht“ Russland, die bereits jetzt einen „würdigen Platz in internationalen Organisationen und Vereinigungen“ verdient, wieder eine „Supermacht“ (*sverchderžava*)⁶ zu machen.

Eine weitere Gefahr wird in der „ethnischen Aggression“ seitens China gesehen: Die Immigration von Chinesen in den russischen Fernen Osten führe zu einem Schwinden der russischen Bevölkerung. Die LDPR wird auch von der Angst vor der „demografischen Katastrophe“ getrieben – ein wiederkehrendes Motiv in diesem Diskursstrang.

Und so stehen die Belange der ethnischen Russen wesentlich stärker im Vordergrund als bei den anderen Parteien. Russisch, so wird gefordert, soll einzige Staatssprache sein. Einer vermeintlichen antirussischen Propaganda in russischen und ausländischen Medien wird der Kampf angesagt. Daher sollen auch die wichtigsten Fernsehkanäle in Staatseigentum übergehen. Russland soll die Interessen der ethnischen Russen weltweit vertreten, besonders in den ehemaligen Sowjetrepubliken.

Die LDPR spricht sich für einen starken einheitlichen Staat aus, mit einer starken Zentralgewalt und einem mächtigen Präsidenten. Und hier beginnen die Parallelen zum etatistischen Diskurs – aber mit deutlichen Unterschieden. So fordert die LDPR eine Auflösung Russlands als föderalen Staat und damit der einzelnen nationalen Entitäten. Gefordert wird eine Entkopplung von Ethnie und Territorium, von Kultur und Politik: „Alle nationalen Fragen sollten nur kulturell und nicht territorial gelöst werden“ (ibid.). Die Einteilung Russlands nach Pro-

6 Also ganz im Gegensatz zu „Großmacht“ (*velikaja deržava*). Zu den verschiedenen Konzepten von „Großmacht“, siehe auch Miller (2008a; 2008b).

vinzen erfolgt nach Größe der Bevölkerung und nach ökonomischer Selbständigkeit und eben nicht nach nationaler Zugehörigkeit der Bevölkerung – die Provinzen verfügen über keine eigene Verfassung und über keine eigene Staatssprache.

Der etatistische Diskurs schimmert immer wieder durch: So in der Forderung nach einem *eigenständigen* russischen Kurs in der Außenpolitik, der weder rein europäisch noch eurasisch ausgerichtet sein kann, oder in der Selbstcharakterisierung als eine zentristische Partei, die „ihre Politik auf den gesunden Menschenverstand stützt und auf die historischen, moralischen Werte unseres Volkes“, dessen Ziel die Wiedergeburt Russlands als mächtiger, demokratischer und blühender Staat sei. Gefordert wird außerdem eine „Diktatur des Gesetzes“, ein Postulat, das bereits Vladimir Putin bei seinem Amtsantritt im Jahr 2000 formuliert hatte. Prominent ist die bereits erwähnte, zentrale Forderung nach einem *einigen* Staat, wobei die von der ER geforderte „Einheit“ eine eher solidarische Dimension hat. Bei der LDPR ist „Einheit“ wesentlich umfassender und schließt sowohl institutionelle (administrative) Dimensionen (Abschaffung des föderalen Staatsaufbaus, weitere Stärkung des Präsidenten) als auch kulturell-politische Dimensionen (Russisch als einzige Staatssprache) ein: Im Mittelpunkt steht eine archi-politische Einheit einer Gesellschaft ohne Riss und Bruch.

Interessanterweise werden aber auch demokratische Forderungen erhoben, obwohl man sich ausdrücklich von „Pseudodemokraten“ und Kommunisten distanziert. So figuriert prominent der Appell nach einer starken Sozialpolitik. Im diesem Thema gewidmeten Abschnitt werden verschiedenste soziale Gruppen erwähnt: die „wenigsten geschützten Schichten der Gesellschaft, „Rentner und Invalide“, Bauern, Jugendliche und Kinder. Sogar ökologische Forderungen werden erhoben (die auch typisch sind für die Wurzeln des demokratischen Diskurses in Russland). Teil der Sozialpolitik ist auch eine aktive Migrationspolitik, die es der „russischen (russischsprachigen) Bevölkerung der GUS-Staaten und des Baltikums“ erleichtert, nach Russland zu ziehen und sich dort zu integrieren. Bei aller Sozialpolitik soll aber auch ein Programm zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen entstehen, einschließlich der Gründung von Banken, die auf die Vergabe von Krediten an KMU spezialisiert sind – zugleich aber wird eine Besteuerung der Unternehmen verlangt, die eine weitere Spaltung der Gesellschaft verhindern soll. Doch kapitalistisch-liberal geriert sich die LDPR insgesamt nicht: Gefordert werden Verstaatlichungen und ein Ende des Chaos im Bankensektor. Der Staat solle die ökonomischen Prozesse des Landes leiten und ein „mächtiger Staatssektor“ soll etabliert werden – was unter anderem mit den Traditionen Russlands begründet wird.

„Die LDPR ist bereit Russland zu führen“ – die LDPR und die Parlamentswahlen 2007

Ähnlich wie in der Fassung des Programms aus dem Jahre 2003, versuchte die LDPR vier Jahre später den Beweis anzutreten, dass sie seit ihrer Gründung konsequent die russischen Interessen vertreten habe, und dass sie auch in der Rolle der Opposition Regierung und Administration Ratschläge erteilt hat, die dann befolgt wurden.

Zu den „Errungenschaften“ der „kompromisslosen Position“ der Partei gehöre auch, dass sowohl *Jabloko* als auch *SPS* den Einzug in die Duma 2003 verpasst haben. Im gleichen Atemzug erfolgt die ideologische Abgrenzung von der KPRF, auch wenn eingestanden wird, dass in einzelnen Fragen eine Zusammenarbeit besteht. Das Verhältnis zu ER wird abermals als konstruktive Opposition definiert.

Den Spagat, den die LDPR versucht, erscheint teilweise aberwitzig, wenn einerseits eine ganze Reihe patriotischer Forderungen präsentiert wird:

„Die LDPR hat sich immer eingesetzt für das große russische Volk, für den Orthodoxen Glauben, für die *Wiederherstellung der Landesgrenzen* und für die Verteidigung der Landsleute im Ausland. Die LDPR hat immer die Armee verteidigt, die Sicherheitsorgane und besonders den KGB.“ (LDPR 2007, eig. Hervorh.)

Gleich im nächsten Satz heißt es aber andererseits: „[Die LDPR] hat immer die Freiheiten aller verteidigt. Wir ehren das Gedenken derjenigen, die ungerechterweise im Gulag gestorben sind, wir achten die Rechte der unterdrückten Völker.“ (Ibid.)

Damit versuchte die LDPR eine analoge politische Operation, wie sie auch von ER vollzogen worden war: Forderungen sowohl aus dem national-konservativen wie aus dem liberalen Spektrum wurden aufgenommen. Dazu passt auch, dass sich die LDPR wie in der vorherigen Programmfassung als eine zentristische Partei bezeichnet hatte.

Auch historisch wird versucht, den Bogen zu spannen von der imperialen über die sowjetische bis hin zu einer demokratischen Tradition:

„Die Gründung eines mächtigen russländischen Staates, eine Wiedervereinigung der Gebiete der ehemaligen UdSSR, Recht und Ordnung, eine Diktatur des Gesetzes, die Schaffung einer sozial orientierten Gesellschaft. [...] Die LDPR unterstützt, dass sich die Staatsorgane in ihrem Wirken auf die historischen Erfahrungen des imperialen, sowjetischen und demokratischen Russland stützen sollten, auf die Erfahrung unseres Großen Russlands.“ (Ibid.)

Damit wird die im hegemonialen Diskurs prominente Forderung nach Einheit der Geschichte Russlands aufgenommen. Mit dem Hinweis auf die Unterstützung der Staatsorgane wird unverhohlen ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit dem Regime abgelegt.

Die LDPR favorisiert auch eine „strenge Machtvertikale“ und, für eine Übergangsperiode, ein autokratisches Regime. Sie befürwortet Gesetzesinitiativen zur Eindämmung der Migration (auch aus GUS-Staaten; was aber wohl nicht für ethnische Russen gilt.), da dieser Zufluss den Kampf gegen die Kriminalität erschwere – zugleich behauptet das Programm, dass die *Russische Idee* schon immer

„gute, respektvolle und gerechte Beziehungen zwischen den Russen und jenen Nationalitäten und Ethnien, die gegenwärtig in Russland leben [gefördert hat]. In diesem Sinne ist die Russische Idee die Idee aller Russländer [*rossijane*], die ihr Schicksal nicht vom russischen [*russkij*] Volk trennen und sich als wahre Patrioten ihres Landes betrachten, unabhängig von ihrer nationalen Zugehörigkeit.“ (Ibid.)

Damit wird die schon zu sowjetischen Zeiten prominente Konzeptualisierung der Russen als *primus inter pares* aufgegriffen und von den anderen die Übernahme einer russländischen Identität erwartet (die aber einhergeht mit einer Teilaufgabe der jeweiligen ethnischen Identität).

Auch für die LDPR ist ein starker Staat eine wichtige Forderung. Ein besonderes Kennzeichen der LDPR ist ihre Unterstützung für die Armee, denn die Stärke und Macht des Staates definiere sich über seine militärische Macht.

Die LDPR sieht Russlands Platz in einer multipolaren Welt. Sie prangert die Herrschaft einer *westlich*-christlichen Zivilisation an und beklagt die negativen Folgen, die sich daraus für andere Zivilisationen ergeben hätten. Zeitgleich bilde sich um Russland ein „System der geopolitischen Blockade“. Besorgt äußert man sich über die Spezialisierung Russlands als Rohstoffexporteur. Als Entlastungsmaßnahmen schlägt die LDPR vor, die Bande mit dem vormalig sozialistischen Lager und besonders mit den Ländern Osteuropas wieder stärker zu knüpfen; mit anderen slawischen Ländern sucht die LDPR eine enge Bindung und Solidarität. Für die ehemaligen Staaten der Sowjetunion wünscht sich die LDPR eine Reintegration in einen einheitlichen *demokratischen* Staat. Nur dies erlaube es, ein neues, globales Kräftegleichgewicht herzustellen:

„Je schneller das Territorium der ehemaligen UdSSR wiederhergestellt wird, [...] desto schneller beginnt auch ein kultureller Aufstieg – den die LDPR ohnehin fördern möchte –, desto stärkere Konkurrenten werden wir für den Westen. Daher versuchen auch die Län-

der des Westens endgültig die ehemaligen Gebiete der UdSSR niederzuwerfen [im Sinne einer Einbindung]: Belarus, Ukraine, den Kaukasus und Zentralasien. Und nach Russland schicken sie einen Sturm antirussischer, antirusländischer Propaganda. Die LDPR sieht ihre Mission darin, die Vernichtung Russlands als Kern der eigenständigen [*samobytnoj*] ost-christlichen Zivilisation zu verhindern.“ (Ibid.)

Dementsprechend überrascht die Ablehnung einer weiteren Erweiterung der NATO wenig. Die USA gelten als die wichtigste antirusländische Macht – die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion versucht habe, die Russländische Föderation in eine Vielzahl abhängiger Staaten zu zerstückeln. Zugleich glaubt die LDPR an einen Zusammenbruch der Europäischen Union und empfiehlt daher nicht eine Annäherung an das „europäische Kartenhaus“, sondern die Stärkung der GUS-Strukturen und die Weiterentwicklung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

Abschließend erfolgen noch einmal eine Beschwörung der Stärke und eine Abgrenzung von den Kommunisten aber auch von der westlichen Demokratie:

„Wir haben Grund stolz zu sein, und wir sollten ein breites Lächeln auf unseren Gesichtern tragen. Die linken Extremisten sollten wissen, dass ihre Zeit in Russland für immer vorbei ist. Wir sind für soziale Gerechtigkeit, aber im Rahmen eines starken, dauerhaften, mächtigen Staates. [...] Der Zar war unfähig, die Kommunisten haben nicht standgehalten, die demokratischen Reformer sind gescheitert. Jetzt sind neue politische Eliten an der Reihe, die für die Realisierung jener Ziele sind, die allen Bürgern Russlands wichtig sind.“ (Ibid.)

Wie im vorhergehenden Programm werden aber auch „demokratische“ Forderungen erhoben: So habe die LDPR schon immer „freie Massenmedien“ unterstützt und sich für eine Gewaltenteilung eingesetzt. Auch die Forderungen nach einer sozial orientierten Gesellschaft und einem Rechtsstaat entsprechen beinahe den Postulaten von *Jabloko*. Selbst die Forderung nach einer „ökologisch normalen Situation“ wird erhoben.

Die Übereinstimmung mit ER ist aber weit größer. Besonders deutlich wird dies nochmals in der Feststellung, dass weder abstrakte Ideen noch der Aufbau vergänglicher gesellschaftlicher Systeme verfolgt würden, sondern „vollkommen konkrete, durchführbare Aufgaben zur Verteidigung der nationalstaatlichen Interessen und der alltäglichen Bedürfnisse der russländischen Bürger“. Ähnlich wie ER beruft sich die LDPR auf das Ziel, einen „sozialen, liberal-demokratischen, einheitlichen Rechtsstaat“ zu etablieren, der in der Lage ist, die „Rechte und Freiheiten jedes einzelnen Bürgers zu garantieren“. Das Streben nach Ein-

heit und Eintracht schimmert durch in der Ablehnung ethnischer Konflikte und nationaler Feindschaften. Zugleich bekommen die Russen eine privilegierte Position, insbesondere hinsichtlich der Einbürgerung russischer Einwanderer.

Die Forderung nach einem „würdigen Leben“ findet sich genauso wieder wie bei *Jabloko* und ER.

6.3 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG

Parteiprogramme sind vielleicht *die* Textgattung schlechthin, um die Artikulation von politischen Forderungen zu analysieren. Der Vergleich von sechs Programmen dreier Parteien zeigt schnell die Gemeinsamkeiten, aber auch die Gegensätze auf, sowohl im Bereich der politischen als auch der nationalen Identität.

Gemeinsam ist allen drei Parteien die Forderung nach einem starken Staat. Allerdings bleibt eine genauere Artikulation dessen aus, was diese Stärke ausmacht. Unter anderem ist die Stärke des Staates aber offensichtlich dadurch definiert, wie sehr er seiner Verantwortung gegenüber dem Bürger gerecht werden kann, insbesondere in sozialer Hinsicht. Gerade auch bei der LDPR spielt ein Ordnungsmoment eine Rolle – in der Forderung nach einer straffen Organisation mit einem klaren Machtzentrum. Dieses Moment kann nur verstanden werden vor dem Hintergrund der politisch chaotischen 1990er Jahre.

Die politische Identität wird bei allen Parteien auch durchwegs als „demokratisch“ charakterisiert. Insbesondere die Dimension der Rechtsstaatlichkeit wird immer wieder hervorgehoben. Die Unterschiede liegen in der Akzentuierung. Scheint bei der LDPR das Adjektiv „demokratisch“ eher substanzlos zu sein und etwas Gegebenes zu beschreiben, beklagt *Jabloko* den Mangel an Demokratie. Bei Einiges Russland dagegen geht es mehr darum, Erreichtes zu vertiefen. Entsprechend werden teils detailliert Dimensionen von Demokratie genannt: Kontrolle der Bürger über die Bürokratie, unabhängige Gerichte, Schaffung von Organen, welche die Rechte und Freiheiten der Bürger schützen.

Alle Parteien fordern auch „Freiheit“ ein, sowohl individuell-politisch wie auch ökonomisch. Auch hier gibt es natürlich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Das Mantra von *Jabloko* ist der Verweis darauf, dass keine Freiheit grenzenlos ist, und dass sie immer zusammen mit Gerechtigkeit gedacht werden muss. Hier scheint man wohl bestrebt, sich von der Politik der 1990er Jahre abzugrenzen und der verbreiteten Wahrnehmung entgegenzutreten, es hätte „zu viel Freiheit“ geherrscht ohne jegliche soziale Absicherung. Auch für die Wirtschaft, besonders für die kleinen und mittleren Unternehmen wird mehr Freiheit

eingefordert. ER dagegen betont stärker die Freiheit auf individueller Ebene, die Freiheit zur Selbstverwirklichung, und bleibt damit recht abstrakt. Konkreter wird sie im ökonomischen Bereich, wenn von unternehmerischer Freiheit die Rede ist. Erwartungsgemäß am schwächsten und undeutlichsten bleibt die LDPR. Insgesamt liegt beim Stichwort „Freiheit“ vor allem eine Überlappung zwischen einem demokratischen und dem etatistischen Diskurs vor.

Eine Forderung, die ER (explizit im Programm von 2008) und LDPR gemeinsam haben, ist jene nach einer „unideologischen“ Politik. Politik solle sich am gesunden Menschenverstand orientieren, „ideologische Mythen“ sollten überwunden werden, heißt es bei ER (2003). Damit distanzieren sich ER und LDPR gleichermaßen von der KPRF (die dem „kommunistischen Mythos“ anhängt) wie von *Jabloko* (die den „liberalen Pathos der Freiheit“ vertritt). Andererseits besitze jede dieser ideologischen Tendenzen – gibt ER an anderer Stelle zu – eine Form von „Wahrheit“ und müsse respektiert werden. Dieser Zentrismus, den auch die LDPR für sich beansprucht, kann bei *Jabloko* nicht gefunden werden.

Eine Gemeinsamkeit zwischen ER und *Jabloko* dagegen ist der Ruf nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft. Aber nur *Jabloko* gibt eine genaue Erklärung für dieses Ansinnen: Eine Zivilgesellschaft sei notwendig, um die Gesellschaft zu stabilisieren und die Macht zu kontrollieren. Davon ist bei ER freilich nicht die Rede. Einiges Russland geht es vielmehr um eine Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Dieser „kooperative“ Aspekt wird unter anderem in Vladimir Putins Ansprachen an die Föderationsversammlung deutlich.

Auch hinsichtlich der Artikulation nationaler Identität finden sich ähnliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Allen Parteien ist die Forderung nach Einheit des Landes gemein. Es ist sicherlich die Kernforderung im Parteiprogramm von Einiges Russland 2003. Bei der LDPR bekommt die Forderung einen imperialistischen Anstrich, wenn sie verbunden wird mit dem Anspruch auf die Wiederherstellung der UdSSR. Interessant ist, dass bei ER (und bei der LDPR) eine geistig-moralische Dimension hinzukommt: Bei der Erlangung und Bewahrung der Einheit spielten nämlich spezifische russische Werte eine Schlüsselrolle. „Einheit“ wird auch als „Einheit der Werte“ verstanden. *Jabloko* schert dagegen aus diesem Kanon aus und beruft sich auf „europäische Werte“.

Eine analoge Verteilung ergibt sich bei der Einordnung dieser russischen Werte: Für LDPR und ER repräsentiert Russland eine eigene Zivilisation beziehungsweise besitzt zumindest eigenständige russische Werte. Für *Jabloko* dagegen ist Russland Teil der europäischen Zivilisation. Dieselbe Schnittmenge zwischen ER und LDPR findet sich in der Forderung nach einem Großmachtsta-

tuts für Russland und in der kritischen Betrachtung des Westens (wobei die LDPR dies natürlich wesentlich deutlicher formuliert als ER).

Schließlich gibt es eine Reihe von „typischen“ LDPR- und „typischen“ *Jabloko*-Forderungen: Zu ersterer zählen eine (pro-russische) Migrationspolitik beziehungsweise die Bekämpfung der „demografischen Krise“ sowie eine stärkere Integration der GUS; zu letzterer das Einschlagen eines europäischen Weges und die Kopplung von Freiheit und Gerechtigkeit.

Besonders drei Schlussfolgerungen lassen sich ziehen: Erstens gibt es keine „typischen“ Forderungen von *Einiges Russland*. Vielmehr sind diese zum größten Teil eine Zusammenstellung von Forderungen aus anderen Diskursen, die in einer Äquivalenzkette zusammengefügt werden. Dies erfolgt besonders sichtbar unter dem Banner der „Souveränen Demokratie“, die als Knotenpunkt fungiert (2007). Zweitens sind die Übereinstimmungen zwischen ER und LDPR größer als jene zwischen ER und *Jabloko*. Viele „patriotische Forderungen“ werden von *Einiges Russland* integriert, teilweise bis in Details gehend (zum Beispiel „Russland als Großmacht“), während die Übereinstimmungen mit dem von *Jabloko* vertretenen Diskurs eher allgemein bleiben. Drittens treten alle Parteien in der einen oder anderen Form für Demokratie und Freiheit ein.

Die erste Schlussfolgerung zeigt auf, wie der Diskurs, den ER repräsentiert, eine Vielzahl gesellschaftlicher Forderungen in einen neuen Diskurs integriert hat. Vor diesem Hintergrund wird auch die zweite leicht verständlich. Der „demokratische“ Diskurs, wie er von *Jabloko* vertreten wird, ist eine Minderheitenposition und entsprechend schwach wird sie von ER übernommen. Dass Demokratie und Freiheit unisono eingefordert werden, darf nicht über die vielen unterschiedlichen Nuancierungen hinwegtäuschen. Charakteristisch für ER ist, dass die Positionierungen für Demokratie und Freiheit (aber auch andere) in einen ökonomischen Rahmen gestellt werden. Das steht in einem Spannungsverhältnis zur stärker sozialen Interpretation von Demokratie im demokratischen Diskurs.

